

DEHOGA Checkliste -Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2021

Frage	Antworten der CDU Niedersachsen		Antworten der FDP Niedersachsen		Antworten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bund		Antworten der SPD Bund	
	Ja oder Nein	Begründung	Ja oder Nein	Begründung	Ja oder Nein	Begründung	Ja oder Nein	Begründung
Energie- und Klimapolitik praxis- und kostenverträglich gestalten								
Werden Sie sich aktiv dafür einsetzen, dass die Energiekosten auch für die kleinen und mittleren Betriebe bezahlbar bleibt, indem Sie sich für eine Abschaffung der EEG-Umlage bzw. Senkung der Stromsteuer stark machen?	Ja	Mit der Abschaffung der EEG-Umlage gehen wir den ersten wichtigen Schritt in Richtung kostenverträglicher Energiepolitik. Außerdem wollen wir durch Einnahmen aus dem Emissionshandel Stromvergünstigungen für Bürger und Betriebe erreichen. Auf dem Weg zur Klimaneutralität setzen wir auf effiziente marktwirtschaftliche Instrumenten innerhalb eines ausgereiften Instrumentenmixes.	Ja	Wir Freie Demokraten wollen die Umlagen, Steuern und Abgaben auf Energie umfassend reformieren. Denn aktuell hat Deutschland die höchsten Strompreise Europas für nahezu alle Verbrauchergruppen. Dazu wollen wir die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß senken. Die EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) wollen wir schrittweise abschaffen, indem die Förderzusagen aus der Vergangenheit weitestgehend aus den Einnahmen der CO2-Bepreisung finanziert und keine neuen Fördertatbestände geschaffen werden.	K.A.			
Sprechen Sie sich dafür aus, die Klimapolitik verlässlich, realistisch und unter der Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Instrumente auszurichten?	Ja		Ja	Wir Freie Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO2 im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO2 spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld und wer CO2 speichert, muss dafür Geld erhalten. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verpflichtet. Dieses Ziel können wir durch ein striktes und jährlich sinkendes CO2-Limit in einem umfassenden Emissionshandelssystem zuverlässig erreichen. Den Weg dorthin überlassen wir dem Erfindergeist von Ingenieurinnen und Ingenieuren, Technikerinnen und Technikern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.	K.A.			
Werden Sie bei Gesetzesvorhaben, die das Inverkehrbringen von Verpackungen betreffen, auch die Bedürfnisse und Besonderheiten des Gastgewerbes im Blick haben, um die Vorgaben praxistauglich und kostenneutral umzusetzen?	Ja		Ja	Wir Freie Demokraten wollen die Tourismuswirtschaft nachhaltig stärken. Der Tourismus ist bis in strukturschwache Regionen hinein ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Die Corona-Krise hat die vorher gesunde Branche und ihre rund drei Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schwer getroffen. Zusätzlich stellen der Fachkräftemangel sowie zahlreiche Bürokratiepflichten gerade kleine und mittlere Unternehmen vor große Herausforderungen. Von einem starken Zukunftskonzept profitiert die gesamte touristische Wertschöpfungskette - wie Gastronomie, Einzelhandel und Dienstleistungen.	K.A.			

Tourismuswirtschaft stärken und Planungssicherheit schaffen									
Setzen Sie sich ein für die Verlängerung der Überbrückungshilfe III bis zum Jahresende?	Ja	Die Tourismuswirtschaft nach der Corona-Krise zu stärken ist uns ein besonders wichtiges Anliegen. Angefangen mit der Verlängerung der Überbrückungshilfe, fortgesetzt mit dem nachhaltigen Fokus auf die Weiterentwicklung der nationalen Tourismusstrategie und abgerundet mit der Stärkung des Auslandsmarketings der Deutschen Zentrale für Tourismus, haben wir eine umfangreiche Strategie entwickelt, um Betriebe auch in Zukunft bestmöglich unterstützen zu können.	Ja	Wir Freie Demokraten wollen die Tourismuswirtschaft nachhaltig stärken. Der Tourismus ist bis in strukturschwache Regionen hinein ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Die Coronakrise hat die vorher gesunde Branche und ihre rund drei Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schwer getroffen. Zusätzlich stellen der Fachkräftemangel sowie zahlreiche Bürokratiepflichten gerade kleine und mittlere Unternehmen vor große Herausforderungen. Von einem starken Zukunftskonzept profitiert die gesamte touristische Wertschöpfungskette – wie Gastronomie, Einzelhandel und Dienstleistungen.	K.A.				
Werden Sie ich dafür engagieren, dass der besondere Stellenwert der Tourismuswirtschaft als Leit- und Zukunftsbranche in der Politik noch stärker verankert wird?	Ja		Ja		K.A.				
Werden Sie sich für die dringend benötigte Erhöhung der Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus stark machen?	Ja		K.A.		K.A.				

Wettbewerbsfähigkeit und Ertragskraft der Branche stärken									
Befürworten Sie die Entfristung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Speisen in Restaurants, weil das nur logisch, fair und konsequent ist?	k.A.	Mit der bereits beschlossenen Verlängerung der reduzierten MwSt auf 7% bis Ende 2022 setzen wir uns proaktiv für eine steuerliche Entlastung der Gastronomie und somit für die Stärkung der Ertragskraft ein. Die Notwendigkeit eines abgestimmten Steuerverfahrensrechts sehen wir ebenso als gegeben, um Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen zu vermeiden.	K.A.	Wir wollen die Umsatzbesteuerung reformieren und vereinfachen. Zudem wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit und die Ertragskraft im Mittelstand generell stärken – insbesondere durch die komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags sowie die Senkung der Unternehmensteuer auf 25 Prozent. Steuererhöhungen und die Einführung einer Vermögensteuer lehnen wir ab.	Die zeitlich befristete Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Speisen in Restaurants stellte während der Corona-Pandemie eine branchenspezifische Unterstützungsleistung dar. Eine dauerhafte Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes scheint uns nicht geeignet, die Wettbewerbsfähigkeit und Ertragskraft der Branche zu stärken, da hiervon überwiegend die großen und umsatzstarken Betriebe profitieren - kleinere Betriebe mit geringen Umsätzen jedoch nur sehr eingeschränkt. Darüber hinaus ergeben sich bei der Anwendung eines dauerhaft ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf gastronomische Leistungen systematische Abgrenzungsschwierigkeiten in Bezug auf den Erwerb von Lebensmitteln im Einzelhandel, die zu Ungerechtigkeiten führen können. Auch müssen bei solch kostenintensiven Maßnahmen die sozialen Effekte berücksichtigt werden. In Bezug auf kulturelle Einrichtungen kann eine Prüfung der Anwendbarkeit des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes sinnvoll sein.				Bund und Länder haben den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Speisen in Restaurants bereits bis Ende 2022 eingeführt. Insgesamt gilt: Wir wollen Ausnahmen vom Regelsatz der Mehrwertsteuer grundsätzlich begrenzen und keine neuen Tatbestände einführen. Bei den durchschnittlichen Kosten eines Warm- oder Kaltgetränks fällt die Mehrwertsteuer auch nicht so deutlich ins Gewicht. Einen einheitlichen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Eintrittsgelder in Clubs und Diskotheken wollen wir nicht. Das ist nach der EU-Mehrwertsteuerrichtlinie auch nicht möglich.
Machen Sie sich stark für die Einbeziehung der Getränke in den reduzierten Mehrwertsteuersatz?	k.A.		K.A.						
Sind Sie dafür, den einheitlichen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Eintrittsgelder in Clubs und Diskotheken einzuführen?	k.A.		K.A.						

Betriebe bei Steuern und Abgaben entlasten									
Werden Sie sich für die Ausweitung des Verlustrücktrags einsetzen?	Ja	Mithilfe einer umfangreichen Unternehmenssteuerreform werden wir die Besteuerung modernisieren und wettbewerbsfähiger machen. Denn für uns gilt: Weltspitze bei der Steuerbelastung und bei der Wettbewerbsfähigkeit passen auf langer Sicht nicht zusammen.	Ja	Wir Freie Demokraten fordern, dass eine kurzfristige Liquiditätshilfe direkt vom Finanzamt ausbezahlt werden kann. Statt Steuervorauszahlungen von den Konten der Unternehmen abzubuchen, überweisen die Finanzämter eine negative Einkommen- beziehungsweise Körperschaftsteuer als Liquiditätssoforthilfe: die „Negative Gewinnsteuer“. Als Bemessungsgrundlage dient der letzte Steuerbescheid. In einem zweiten Schritt soll eine deutlich erweiterte Verlustverrechnung mit Gewinnen vergangener oder künftiger Jahre eingeführt werden. Damit sorgen wir in wirtschaftlichen Krisenzeiten für schnelle und unbürokratische Hilfen und verhindern unnötige Jobverluste und Insolvenzen.					Wir setzen uns konsequent für die Belange von Betrieben ein. Wir haben den Verlustrücktrag deutlich ausgeweitet, um Unternehmen und Betriebe zu unterstützen, die Corona-Einschränkungen so gut es geht kompensieren zu können. Damit erreichen wir 99,5% aller Unternehmen in Deutschland. Auch haben wir die Grenze für die Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf 800 Euro erhöht und eine Sofortabschreibung für digitale Wirtschaftsgüter, bspw. für IT-Investitionen, eingeführt. Schließlich haben wir die steuerlichen Bedingungen für privatrechtlich organisierte Unternehmen gerade verbessert, sie können sich nun, wenn sie es wünschen, leichter wie eine Kapitalgesellschaft behandeln lassen. Zudem wollen wir die Einkommensteuer senken, davon profitieren ebenfalls privatrechtlich organisierte Unternehmen, Selbständige und Freiberufler:innen.
Sehen Sie die Notwendigkeit, Impulse für verbesserte Abschreibungen zu schaffen	Ja		Ja	Wir Freie Demokraten wollen die degressive Abschreibung (Afa) für bewegliche Wirtschaftsgüter verstetigt und für digitale Güter einheitliche und verkürzte Abschreibungsfristen von höchstens drei Jahren festgesetzt werden, sofern nicht eine Sofortabschreibung in Betracht kommt. Die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter wollen wir erhöhen.					
Machen Sie sich stark für eine Unternehmenssteuerreform, um die Gesamtbelastung auf 25 Prozent zu senken?	Ja		Ja	Wir Freie Demokraten wollen die steuerliche Belastung von Unternehmen auf den OECD-Durchschnitt (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) von rund 25 Prozent senken.					
Sind Sie dafür den Solidaritätszuschlag für alle Zahler, einschließlich der Unternehmer abzuschaffen?	Ja		Darüber hinaus verbessern wir die steuerliche Verustrechnung mit Erhöhung der Höchstbetragsgrenze beim Verlustrücktrag und Verlustvortrag.	Ja	Wir Freie Demokraten wollen den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen. Der Solidaritätszuschlag war und bleibt eine nicht auf Dauer angelegte Sondersteuer. Ende 2019 lief der Solidaripakt aus. Damit ist die Erhebung des Solidaritätszuschlags nicht mehr zu rechtfertigen. Durch die anhaltende Erhebung auch 30 Jahre nach Wiederherstellung der Deutschen Einheit verspielt die Politik das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Nicht zuletzt geht es hierbei auch um die Entlastung der vielen betroffenen mittelständischen Unternehmen. Die Abschaffung ist daher zugleich Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.			Ja. Wir GRÜNE wollen Steuererleichterungen dort, wo sie nachhaltig und zielgerichtet sind. Deshalb wollen wir gezielte Investitionsanreize setzen und lehnen Steuersenkungen mit der Gießkanne ab. Mit einer degressiven Abschreibung von mindestens 25 % fördern wir gezielt Investitionen in die digitale und ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft, auch über das Jahr 2021 hinaus. Für kleinere und mittlere Unternehmen werden wir das Ansparen auf diese Investitionen durch eine temporäre Erweiterung des Investitionsabzugsbetrags erleichtern. Ebenso wollen wir bei kleinen und mittelständischen Unternehmen die Eigenkapitalbasis stärken, indem wir die Besteuerung nicht entnommener Gewinne und den Verlustrücktrag verbessern wollen. Durch gezielten Bürokratieabbau, die Anhebung der Sofortabschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter und die Senkung der EEG-Umlage entlasten wir die Unternehmen zusätzlich.	

Werden Sie einer Anhebung des Spitzensteuersatzes eine Absage erteilen?	Ja		Ja	Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Tarif bei der Einkommensteuer: den Chancetarif. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz schrittweise „nach rechts verschieben“ – mit dem Ziel, dass dieser erst ab einem Einkommen von 90.000 Euro greift. Dadurch wird der Steuertarif für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zusätzlich gestreckt.			
Werden Sie sich gegen die Vermögensteuer aussprechen?	Ja		Ja	Wir Freie Demokraten lehnen eine einmalige Vermögensabgabe ebenso ab wie die Wiederbelebung der Vermögensteuer. Beides ist für unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft ein Hemmschuh bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie, weil den Unternehmen Liquidität unabhängig von deren Ertragslage entzogen wird.			

Beschäftigung und Ausbildung sichern

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen möglich bleibt	Ja		Ja	Befristete Arbeitsverhältnisse sind unverzichtbarer Bestandteil einer flexiblen Volkswirtschaft – dies gilt in besonderem Maße für den bereits stark regulierten Arbeitsmarkt in Deutschland. Nur durch die Instrumente der Befristung und der Zeitarbeit ist es den deutschen Unternehmen in Phasen wirtschaftlichen Abschwungs möglich, die Personalkosten so anzupassen, dass auch bei sinkender Auftragslage die finanzielle Situation des Unternehmens mittelfristig gesichert ist.	K.A.		
Machen Sie sich dafür stark, Minijobs zu erhalten und die Verdienstgrenze zu erhöhen und zu dynamisieren?	Ja		Ja	Wir Freie Demokraten wollen die Minijob- und Midijob-Grenze erhöhen und dynamisch an den gesetzlichen Mindestlohn koppeln. Mit jeder Anpassung des Mindestlohns reduzieren sich heute die Stunden, die Beschäftigte im Rahmen eines Mini- beziehungsweise Midijobs arbeiten dürfen. Damit sind Mini- oder Midijobber von Erhöhungen durch die allgemeine Lohnentwicklung abgeschnitten. Das wollen wir ändern und so für mehr Leistungsgerechtigkeit sorgen.	Wir GRÜNE wollen Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler*innen und Rentner*innen, in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und geeignete Regelungen für haushaltsnahe Dienstleistungen schaffen. Gerade in Krisenzeiten hat sich gezeigt, dass Minijobs keine Sicherheiten bieten. Eine Brücke in reguläre Beschäftigung stellen sie in aller Regel auch nicht dar. Eine Ausweitung der sozialversicherungsfreien Minijobs lehnen wir GRÜNE daher ab.	Die Corona-Krise hat erneut gezeigt, dass die soziale Sicherung der Minijobs unzureichend ist. Unser Ziel ist, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einzubeziehen. Dabei wird es Übergänge für bestehende Arbeitsverhältnisse und Ausnahmen für bestimmte Gruppen wie zum Beispiel Rentner*innen geben. Um die Nettoeinkommen von gering Verdienenden zu erhöhen, heben wir die Gleitzone der Midi-Jobs auf 1.600 Euro an. In dieser Zone zahlen die Arbeitnehmer*innen geringere Beiträge, ohne dass sie dadurch einen geringeren Rentenanspruch haben.	

<p>Sind Sie der Ansicht, dass Lohnpolitik nicht Sache des Staates ist, und werden Sie deshalb die Festsetzung der Mindestlohnhöhe auch weiterhin der Mindestlohnkommission überlassen?</p>	<p>Ja</p>	<p>Ausbildungs- und Beschäftigungssicherung ist für uns eine Daueraufgabe dessen Relevanz wir ganz oben ansiedeln. Wir wollen das Arbeitszeitgesetz reformieren und Spielräume des EU-Rechts miteinbeziehen. Gerade Beschäftigte mit Kindern brauchen eine moderne flexible Lösung. Wir wollen ein Konzept zugunsten beider Seiten etablieren – so können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bestmöglich auf etwaige Veränderungen reagieren.</p>	<p>Ja</p>	<p>Der Mindestlohn wird durch die unabhängige Mindestlohn-Kommission bestimmt. Um Menschen mit kleineren Einkommen wirklich zu unterstützen, wollen wir die Hinzuverdienstgrenzen beim Arbeitslosengeld II reformieren, die Minijob- und Midijob-Grenze erhöhen und sie dynamisch an den gesetzlichen Mindestlohn koppeln.</p>	<p>Die Lohnfindung ist nicht Sache des Staates. Allerdings ist es Aufgabe der Politik, Leitplanken zu setzen, um sicherzustellen, dass der Wettbewerb fair ist und Menschen vor Armut geschützt sind. Deshalb wollen wir GRÜNE den Mindestlohn auf 12€ pro Stunde erhöhen. Den gesetzlichen Auftrag der Mindestlohnkommission werden wir so weiterentwickeln, dass der Mindestlohn in Zukunft sicher vor Armut schützt.</p>	<p>Lohnpolitik ist grundsätzlich Sache der Tarifparteien – dies ist auch grundgesetzlich geschützt. Allerdings stehen wir zu einer Lohnuntergrenze in Form eines gesetzlichen Mindestlohns. Wir werden ihn auf 12 Euro pro Stunde erhöhen und weitere Anpassungen dann der Mindestlohnkommission überlassen.</p>
<p>Plädieren Sie dafür, das Arbeitszeitgesetz an die Lebenswirklichkeit anzupassen und zu flexibilisieren – am besten in Form der Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit?</p>	<p>Ja</p>	<p>Auch die Nachwuchsgewinnung der Ausbildungsbetriebe liegt uns am Herzen. Nur mit realitätsnahen und unbürokratischen Prozessen treten wir dem demografischen Wandel entgegen und sichern Betriebe nachhaltig ab. Dabei setzen wir von Beginn an auf den Ausbau der berufsbildenden Schulen und wollen auch Quereinsteiger durch entsprechende Programme fördern.</p>	<p>Ja</p>	<p>Wir Freie Demokraten fordern mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz und wollen eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit. Niemand soll weniger Pausen machen oder mehr arbeiten als bisher, aber die Einteilung der Arbeitszeit muss flexibler möglich sein. Die Summe der täglich notwendigen Ruhezeit bleibt bestehen. Hierbei werden flexible Regelungen in einem Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung rechtssicher ermöglicht.</p>	<p>Das Arbeitszeitgesetz halten wir grundsätzlich für ausreichend flexibel und sehen weitere Aufweichungen kritisch. Gerade die Tageshöchstzeiten, die Ruhezeiten und die Sonntagsruhe dienen vorrangig dem Gesundheitsschutz und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es ist empirisch ausreichend belegt, dass häufige überlange tägliche Arbeitszeiten die Unfallgefahr und die gesundheitlichen Risiken stark erhöhen. Trotzdem erlaubt das Arbeitszeitgesetz Ausnahmen u.a. für Saisonbetriebe, für die Landwirtschaft und für Betriebe mit Tarifvereinbarungen. Das stellt aus unserer Sicht eine gute Balance zwischen den Flexibilitätsbedürfnissen der Unternehmen und dem notwendigen Gesundheitsschutz für Beschäftigte dar. Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels wollen wir GRÜNE allerdings die Zeitsouveränität und Selbstbestimmung der Beschäftigten erhöhen. Wenn die eigenen Arbeitszeiten besser zum Leben passen, dann arbeiten Menschen motivierter, gesünder und produktiver.</p>	<p>Wir sorgen dafür, dass vom Wandel der Arbeitswelt alle profitieren. Dazu gehört, dass Arbeitszeiten besser zum Leben passen und Menschen mehr selbstbestimmte Zeit haben – etwa für Familie, soziales Engagement und Weiterbildung. Wir werden die Schutzfunktion des Arbeitszeitgesetzes erhalten. Eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit schließen wir aus. Wenn die Arbeit durch Produktivitätsgewinne weniger werden sollte, müssen alle davon profitieren. Da wo Gewerkschaften für die Absenkung von Arbeitszeit streiten, um mehr selbstbestimmte Zeit zu ermöglichen oder Beschäftigung zu sichern, stehen wir an ihrer Seite.</p>
<p>Werden Sie sich gegen eine Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge aussprechen?</p>	<p>Ja</p>	<p>Befristete Arbeitsverhältnisse und sachgrundlose Befristung sollen die Ausnahme bleiben. Wir lehnen die Ausweitung von Kettenbefristungen ab.</p>	<p>Ja</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen eine Trendwende bei der Abgabenquote erreichen und die Abgabenbelastung für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber wieder auf unter 40 Prozent senken. Die Abgabenquote (Steuerquote plus Sozialbeitragsquote) lag 2020 über 41 Prozent. Wir wollen diesen Irrweg verlassen, denn die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unseres Landes dürfen nicht durch immer höhere Abgaben daran gehindert werden, unseren Wohlstand zu sichern.</p>	<p>Die Corona-Pandemie und die damit verbundene wirtschaftliche Krise haben gezeigt, wie sehr sich ein leistungsfähiges Sozialversicherungssystem in Deutschland bewährt hat. Uns geht es um eine verlässliche soziale Absicherung für die Menschen in unserem Land. Deshalb schlagen wir GRÜNE Strukturreformen in den Sozialversicherungen vor, die insbesondere auch zu mehr Solidarität führen. Und deshalb wollen wir die Weichen für einen prosperierenden Arbeitsmarkt stellen. Stabile Sozialversicherungsbeiträge sind uns Grünen - mit Blick auf Beschäftigung (Lohnnebenkosten) und die verfügbaren Einkommen der abhängig Beschäftigten - wichtig. Die 40 Prozent Gesamtsozialversicherungsbeitrag, die durch die Sozialgarantie der Bundesregierung als Obergrenze definiert wurden, sind für uns aber nicht in Stein gemeißelt. Denn wir wissen, dass den Ausgaben auch Leistungen gegenüber stehen, die wichtig für die Menschen sind und die uns allen zugutekommen.</p>	<p>Unser Ziel ist, die Sozialversicherungsbeiträge bei unter 40 Prozent des Bruttolohns zu halten.</p>
<p>Positionieren Sie sich gegen einen Rechtsanspruch auf Homeoffice?</p>	<p>Nein</p>		<p>K. A.</p>		<p>K. A.</p>	
<p>Bekennen Sie sich zur starken Rolle der Tarifautonomie und lehnen Sie staatliche Eingriffe hier kategorisch ab?</p>	<p>Ja</p>		<p>Ja</p>	<p>Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Tarifautonomie. Unser Arbeitsmarktmodell ist erfolgreich, da es auf Tarifautonomie und flexiblen Tarifpartnerschaften von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften basiert.</p>	<p>K. A.</p>	

Werden Sie effektive und zielgerichtete Maßnahmen ergreifen zur Stärkung der beruflichen Bildung – über eine Entlastung und Unterstützung der Unternehmen, eine bessere Ausstattung der Schulen und durch eine zukunftsfähige Berufsorientierung	Ja	
Werden Sie mit dazu beitragen, dass bei der Fachkräftezuwanderung Prozesse und Strukturen effizienter gestaltet werden?	Ja	
Sind Sie der Auffassung, dass Selbstständigen Wahlmöglichkeiten bei der Alterssicherung zur Verfügung stehen müssen?	Ja	

K.A.	
Ja	Wir Freie Demokraten wollen die Einwanderung in den Arbeitsmarkt verständlich und einfach steuern. Dazu fordern wir ein modernes Zwei-Säulen-System. Dieses besteht aus einer überarbeiteten „Blue Card“ als Kerninstrument der Fachkräfteeinwanderung mit Arbeitsplatzangebot, die auch für nicht-akademische Fachkräfte geöffnet werden muss, und der Einführung einer Chancenkarte für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, um für Fachkräfte die Möglichkeit zu schaffen, auch ohne Arbeitsplatzangebot zur Arbeitssuche nach Deutschland zu kommen. Die Steuerung soll hier über Kriterien wie Bildungsgrad, Deutsch- oder auch gute Englischkenntnisse, Alter, Berufserfahrung und den aktuellen Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt erfolgen.
Ja	Wir Freie Demokraten wollen maximale Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge. Auch die Form der Vorsorge soll frei wählbar sein. Der Zugang zur gesamten geförderten privaten Altersvorsorge muss dabei künftig für alle Erwerbstätigen offen sein. So verhindern wir auch, dass Personen mit Zickzack-Lebensläufen beim Wechsel in die Selbstständigkeit ihre Direktversicherung oder ihre Riester-Förderung verlieren. Für die Gründungsphase wollen wir Karenzfristen. Dabei halten wir eine Pflicht zur Altersvorsorge wie bei der Krankenversicherung für angemessen. Die Wahlfreiheit soll für alle Selbstständigen ohne obligatorisches Alterssicherungssystem sowie für Selbstständige gelten, die bisher in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind.

K.A.	
K.A.	
K.A.	

Bürokratieabbau beschleunigen							
Sind Sie dafür, ein Belastungsmoratorium für das Gastgewerbe einzuführen?	Ja	Wir werden Unternehmen durch den fortlaufenden Bürokratieabbau in Milliardenhöhe entlasten. Vor allem Mittelstand und Familienunternehmen sollen von den geplanten Maßnahmen profitieren.	Ja	Wir brauchen ein Belastungs-Moratorium für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen: Keine Steuererhöhungen und keine neue Bürokratie – ab sofort. Andernfalls gefährden wir zukünftiges Wachstum und individuelles Vorankommen in der Krise.	K.A.		
Werden Sie sich dafür einsetzen, den gesetzlichen Erfüllungsaufwand maßgeblich zu reduzieren und hier kluge Prioritäten zu setzen	Ja		Ja	Wir Freie Demokraten fordern einen Entfesselungspakt für die deutsche Wirtschaft, in dem Maßnahmen zur Bürokratieentlastung gebündelt und vorangetrieben werden. Der stetig wachsende Bürokratiebusch belastet die Bürgerinnen und Bürger sowie die deutschen Unternehmen und bremst die wirtschaftliche Entwicklung aus. Initiativen wie das Bürokratieentlastungsgesetz IV, die Strategie „Einheitliche Ansprechpartner 2.0“ und eine Verlegung der Sozialversicherungsbeiträge in den Folgemonat müssen zu einer Gesamtstrategie gebündelt werden. Das gilt auch für schlankere Vergabe-, Register- und Informationsbestimmungen. Für jede neue Belastung durch geplante Regelungen sollen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden („One in, two out“) – auch auf europäischer Ebene.	K.A.		
Werden Sie Gesetze vor Inkrafttreten einem Praxis-Check unterziehen?		Dafür setzen wir auf Erfolgskontrolle, Anwendbarkeit und Erfüllungsaufwände von Gesetzen durch einen „Praxis-Check“ unter frühzeitiger Beteiligung der Wirtschaft.	Ja	Wir Freie Demokraten wollen für politische Entscheidungen das Innovationsprinzip ergänzend zum Vorsorgeprinzip. Bei der Folgenabschätzung soll nicht nur auf mögliche Risiken einer Maßnahme geschaut werden. Genauso intensiv muss ermittelt werden, welche Chancen bei Unterlassung verloren gehen.	K.A.		

Verbraucherschutz zielführend und rechtskonform gestalten							
Werden Sie sich nachhaltig gegen Hygieneampeln, Smileys, Kontrollbarometer und Co einsetzen?	Nein	Unser Leitbild für das Verbraucherschutzrecht sind mündige Verbraucherinnen und Verbraucher. Aufklärung und Information stehen für uns dabei im Vordergrund. Wir schaffen einen klaren Rechtsrahmen und faire Regelungen, um Verbrauchervertrauen, Normklarheit und Übersichtlichkeit zu erreichen	K.A.	Wir setzen uns für einen Verbraucherschutz ein, der den mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern Optionen und eine informierte sowie souveräne Entscheidung ermöglicht.	Transparenz muss auch bei der Lebensmittelhygiene gelten und ist wichtig für das Ansehen der Branche. Daher wollen wir die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen für alle sichtbar und erkennbar machen – direkt am Betrieb vor Ort und im Internet, beispielsweise in Form eines Hygienebarometers oder Smileys. Wir GRÜNE halten dies für eine sinnvolle und effektive Maßnahme, um einen Rückgang der hohen Anzahl der Hygienebeanstandungen zu erreichen. Transparenz über Kontrollergebnisse kommt der großen Mehrheit vorschriftsmäßig wirtschaftender Betriebe zugute, zugleich wird das Vertrauen der Verbraucher*innen in die Lebensmittelbranche insgesamt verbessert. Für die Unternehmen soll die Beantragung einer zeitnahen Nachkontrolle möglich sein.		Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Transparenz über Inhaltsstoffe von Produkten oder Produktionsverfahren können auf vielfältige Weise verbessert werden. Wir wollen dazu kein Instrument von vornherein ausschließen.

Digitalisierung vorantreiben und für fairen Wettbewerb sorgen							
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in ganz Deutschland schnellstmöglich eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur verfügbar ist, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen?	Ja	Wir finden: Das Rückgrat des Modernisierungsjahrzehnts ist eine gute digitale Infrastruktur. Dafür werden wir den Netzausbau durch unbürokratische, di-gitale und schnelle Genehmigungsprozesse zu beschleunigen.	Ja	Eine flächendeckende und hochleistungsfähige 5G-Mobilfunkabdeckung wollen wir mit einem effizienten Auktionsdesign sowie einem starken und zeitnahen Controlling durch den Bund erreichen. Mit Gigabit-Gutscheinen für Privathaushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen wollen wir gleichzeitig den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen nachfrageorientiert und kosteneffizient beschleunigen. Mit den Gutscheinen wird ein Teil der Kosten erstattet, die bei der Umstellung auf Gigabit entstehen. Damit schaffen wir einen wirksamen Anreiz für Investitionen in den Gigabit-Netzausbau.	K.A.		
Werden Sie für fairen Wettbewerb in der digitalen Welt sorgen – durch das Schaffen eines ordnungspolitischen Rahmens für die Plattformökonomie?	Ja	Faire Bedingungen für alle sind nur möglich mit einem modernen Wettbewerbsrecht. Wir wollen als Vorreiter eine digitale europäische Marktordnung entwickeln und bindend einführen, um gerechten digitalen Wettbewerb zu garantieren	Ja	Wir Freie Demokraten wollen eine wirksame Kontrolle großer Unternehmen der Digitalwirtschaft schaffen, die Zugänge zum Internet kontrollieren. Solche Gatekeeper-Unternehmen, die als Betreiber einer Suchmaschine, als soziales Netzwerk oder als dominierende Handelsplattform die Wettbewerbsbedingungen kleiner oder mittlerer Unternehmen entscheidend beeinflussen können, müssen einer speziellen Regulierung unterworfen werden. Die Regulierung soll verhindern, dass Gatekeeper den Wettbewerb verzerren, indem sie sich beispielsweise bei Suchergebnissen selbst begünstigen, indem sie die Interoperabilität mit Angeboten anderer Unternehmen einschränken oder indem sie die Geschäftsdaten ihrer Partnerinnen und Partner in unlauterer Weise zum eigenen Vorteil nutzen.	K.A.	Ja, wir setzen uns für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb auf digitalen Märkten ein. Die Corona-Pandemie hat das Marktgleichgewicht zugunsten der Internetgiganten weiter verstärkt. Damit auch kleinere Online-Händler*innen eine faire Chance haben, sollen Unternehmen mit überragender und marktübergreifender Marktmacht direkt unter eine verschärfte Regulierung fallen. So kann schnell unterbunden werden, wenn Plattformbetreiber*innen ihre eigenen Angebote gegenüber Angeboten anderer Unternehmen bevorzugen. Große Plattformen sollen europäische Qualitäts- und Sicherheitsstandards auch im Online-Handel gewährleisten müssen. User*innen von Plattformen sollen besser über ihre Daten verfügen können, etwa indem sie diese von einer Plattform auf eine andere Plattform mitnehmen können. Diese Interoperabilität und Datenportabilität fordern wir GRÜNE grundsätzlich verpflichtend für marktbeherrschende Unternehmen. Als Ultima Ratio wollen wir zum Schutz des Wettbewerbs, dass Unternehmen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden können, wenn ihre Marktmacht zu groß ist.	Wir stehen für faire Wettbewerbs- aber auch Arbeitsbedingungen auch in der „digitalen Welt“. Zu viel Marktmacht einzelner schadet dem Wettbewerb und damit letztlich den Verbraucher*innen. Wir wollen Entwicklungen am Markt voraus sein und ein präventives und proaktives Wettbewerbs- und Kartellrecht schaffen. In das Kartellrecht werden wir verstärkt vorbeugende Kontrollen integrieren. Zudem werden wir weitere, neue europäische Instrumente entwickeln, um die übermächtigen Plattformen zu zähmen oder notfalls zu entflechten. Grundlegend notwendig hierfür ist die Bewahrung der Netzneutralität, für welche wir einstehen werden.
						Ja	

Stand: 10.09.2021